

- 17,3 Mrd. Yuan für die Subventionierung von Einkommen der Bauern in Getreideanbaugebieten, in denen das neue Getreidedistributionssystem eingeführt wird.
- 25,1 Mrd. Yuan für Bildungsausgaben.
- 40,8 Mrd. Yuan für Wissenschaft und Technologie.
- Erhöhung der Militärausgaben um 17,6% für die Anhebung der Einkommen, Subventionen sowie für Renten ehemaliger Militärangehöriger.

Xiang betont in seinem Bericht außerdem die Teilung von Einnahmen und Ausgaben. Hierzu gehöre auch, dass alle extra-budgetären Einnahmen von Abteilungen in Haushaltseinnahmen umgewandelt und der Haushaltskontrolle unterstellt werden. Die Haushalte aller Ebenen müssen sowohl die Haushalts- als auch Nichthaushaltsausgaben und -einnahmen umfassen. Ziel ist es, eine größere Transparenz der Ausgaben zu erhalten.

Weiterhin wies Xiang auf eine Neuerung bei der Aufteilung der Steuereinnahmen zwischen Zentralregierung und Lokalregierungen hin. So werde die Einkommenssteuer ab Anfang d.J. nicht mehr nach dem Gerichtsstand der Unternehmen aufgeteilt, sondern die Einkommenssteuer der Unternehmen und der privaten Personen wird nach einem festen Verhältnis zwischen der Zentralregierung und den Lokalregierungen aufgeteilt. Das Jahr 2001 wird dabei als das Basisjahr für die Berechnung ausgewählt, sodass Lokalregierungen eine Mindestgarantie der Steuereinnahmen auf dem Niveau des Jahres 2001 erhalten.

Die Einkommenssteuern, die das Volumen des Basisjahres 2001 überschreiten, werden in Jahre 2002 zwischen der Zentralregierung und den Lokalregierungen in einem Verhältnis von 50:50 aufgeteilt, im Jahr 2003 wird das Verhältnis auf 60:30 verändert. Die Steueraufteilung in den danach folgenden Jahren soll dann im Lichte der Erfahrungen festgelegt werden.

Der Anstieg der Einnahmen im Zentralhaushalt aus der Einkommenssteuer, die auf diese Reform zurückgeht, wird gänzlich als Transferzahlung aus

dem Zentralhaushalt an die Lokalhaushalte verwandt, insbesondere für die Zentral- und Westregion. (BBC PF, 18.3.02)

Der Haushaltsentwurf für das Jahr 2002 zeigt, dass die Kehrseite eines hohen Wirtschaftswachstums die zunehmende Verschuldung des Staates ist. Um die soziale Stabilität aufrechtzuerhalten, müssen die Globalisierungsverlierer, vor allem die freigesetzten Arbeitskräfte in den staatseigenen Unternehmen sowie die Bauern, kompensiert werden.

Kritische Beobachter wenden mit Blick auf die wachsende Verschuldung außerdem ein, dass die offiziellen Zahlen zur Verschuldung nur einen Teil der Wahrheit zeigen. So müssten beispielsweise die 270 Mrd. Yuan einbezogen werden, die 1998 für die Rekapitalisierung der Banken von der Zentralregierung begeben wurden, die Käufe von uneinbringlichen Krediten durch die Auffanggesellschaften der Banken in Höhe von 1,4 Billionen Yuan und die schätzungsweise 1,8 Billionen Yuan noch überfälliger Kredite in den Banken. Weiterhin müsse sich die Regierung darauf einstellen, dass sie die Ausfälle im sozialen Sicherungssystem für Rentner und Arbeitslose übernehmen muss. Diese könnten sich nach Schätzungen der Weltbank auf rd. 1,9 Billionen Yuan belaufen. (AS-WJ, 12.3.02)

Andererseits wird die Regierung auch zukünftig alles an Möglichkeiten ausschöpfen müssen, um eine wirtschaftliche und soziale Destabilisierung während des Transformationsprozesses zu vermeiden. So wäre die Wirtschaft ohne die Verfolgung einer aktiven Fiskalpolitik und einer vorsichtigen Geldpolitik nach Aussagen von Ministerpräsident Zhu Rongji auf der NVK-Tagung bereits vor Jahren kollabiert. (*The Straits Times* online, 16.3.02) Ein Defizit im Haushalt sei nach Aussagen von Yang Chongchun, NVK-Mitglied und ehemaliger Direktor der Staatlichen Steuerbehörde, auch keine Katastrophe. Ein Defizit bedeute nur, Ausgaben vorzuziehen, um die Wirtschaft zu stimulieren. Es gebe wenige Länder, die nicht Schulden aufnehmen würden. Durch eine angemessene Verschuldung könnten eine Reihe wichtiger Ziele erreicht werden. (BBC PF, 7.3.02) -schü-

SVR Hongkong

30 Chinesischer Staatsrat bestätigt zweite Amtsperiode Tung Chee-hwas als Regierungschef

Anfang März reiste Tung Chee-hwa nach Beijing, um als nicht stimmberechtigter Beobachter an der Jahrestagung des Nationalen Volkskongresses teilzunehmen. Da die ursprünglich für den 24. März angesetzte Wahl zum *Chief Executive* durch die Nominierung Tung Chee-hwas als einzigem Kandidaten faktisch bereits Ende Februar entschieden war, konnte Tungs Besuch in der Hauptstadt bereits zum Anlass genommen werden, ihn als wiedergewählten Regierungschef der Sonderverwaltungsregion offiziell zu bestätigen.

Am 5. März unterzeichnete Ministerpräsident Zhu Rongji die Ernennungsurkunde des Staatsrats für die zweite Amtsperiode Tung Chee-hwas, die am 1. Juli 2002 beginnen wird. Eine anschließende erneute Wiederwahl ist ausgeschlossen, da das *Basic Law* für das Amt des *Chief Executive* maximal zwei Amtsperioden vorsieht.

Der Aufenthalt Tung Chee-hwas in Beijing bot Vertretern des chinesischen Staatsrats und ihm Gelegenheit, sich ihrer gegenseitigen Unterstützung bzw. Loyalität zu versichern. So äußerte Zhu Rongji, der Tung Chee-hwa zu seiner erfolgreichen Wiederwahl gratulierte, dass dieser in seiner Funktion als erster Regierungschef nach der Rückgabe Hongkongs an die VR China zur erfolgreichen Umsetzung der „Ein Land, zwei Systeme“-Politik, zur Umsetzung des *Basic Law* und zur Wahrung des Wohlstands der Stadt einen großen Beitrag geleistet habe. In einer Phase, in der die asiatische Finanzkrise die Wirtschaft Hongkongs stark in Mitleidenschaft gezogen habe und die weltwirtschaftlichen Bedingungen einem tief greifenden Wandel unterlegen seien, habe Tung Chee-hwa die Regierung sicher durch alle Widrigkeiten geführt. Zhu ermutigte ihn, während der zweiten Amtsperiode in seinen Anstrengungen um

das Wohl Hongkongs fortzuführen und noch höhere Zielmarken zu erreichen. Die Zentralregierung werde ihm dabei ihre volle Unterstützung gewähren.

Tung Chee-hwa dankte der Zentralregierung für das in ihn gesetzte Vertrauen und versprach, mit der Bevölkerung Hongkongs eng zusammenzuarbeiten, um „noch nie da gewesene Herausforderungen“ zu bewältigen und die von ihm gegebenen Versprechen einzulösen. Mit der Unterstützung der Zentralregierung werde er Hongkong zu neuen Erfolgen verhelfen. (*Hong Kong iMail*, 5.3.02; XNA, 5.3.02; Zhongguo Xinwen She, 6., 7.3.02, nach BBC PF, 5., 7.3.02) -hol-

31 Falungong-Demonstranten erstmalig gerichtlich belangt

In der Sonderverwaltungsregion Hongkong ist Mitte März zum ersten Mal gegen Falungong-Anhänger Anklage erhoben worden. Insgesamt 16 Personen werden beschuldigt, sich bei einer Demonstration ordnungswidrig verhalten zu haben.

Bei den Angeklagten handelt es sich um zwölf heimische und vier Schweizer Staatsangehörige, die sich vor dem Gebäude des Verbindungsbüros der chinesischen Regierung in Hongkong zu einem Sit-in versammelt hatten. Ihr Protest richtete sich gegen die Weigerung der volksrepublikanischen Behörden, den vier Schweizern Visa für die Einreise auf das Festland auszustellen, wo diese in Beijing gegen das Verbot der Falungong-Bewegung demonstrieren wollten. Eine Quelle sprach davon, dass die schweizerischen Falungong-Anhänger einen Hungerstreik begonnen hätten.

Der Ordnungswidrigkeit machten sich die Demonstranten schuldig, als sie sich weigerten, wiederholten Forderung der Polizei nachzukommen, ihr Sit-in an einen wenige Meter entfernten, seitlich des Gebäudes gelegenen Ort zu verlagern, um den Passantenverkehr weniger zu beeinträchtigen.

Die 16 Personen wurden daraufhin am 14. März festgenommen und wegen Behinderung und möglicher Gefährdung der Öffentlichkeit sowie Behinderung der Polizei angeklagt. Die vier Schweizer kamen noch am selben

Tag gegen Kautions wieder frei, um bereits am Folgetag ihre Proteste an der von der Polizei bezeichneten Stelle wieder aufzunehmen. Die zwölf Hongkonger Bürger verweigerten die Zahlung einer Kautions mit der Begründung, dass sie damit eine Schuld eingestehen würden, die sie nicht auf sich nehmen könnten. Der Gerichtsprozess gegen die Angeklagten soll Mitte Juni beginnen.

Der Vorfall ereignete sich in einem Klima gespannter Ambivalenz. Zwar genießt die Falungong-Bewegung in Hongkong als eingetragene Vereinigung rechtlichen Schutz, doch sieht sich die Verwaltung der SVR durch die Gruppe zunehmend irritiert. Druck auf die Hongkonger Regierung, gegen die Aktivitäten der Falungong-Bewegung einzuschreiten, kommt nicht nur von Seiten der chinesischen Zentralregierung, sondern zuletzt verstärkt auch von Anwohnern und Touristen, die sich durch das offensive Auftreten von Falungong-Anhängern an markanten Orten der Stadt angeblich belästigt fühlen. (Radio Television Hong Kong, Radio 3, 14., 22.3.02, nach BBC, 14., 22.3.02; Hong Kong AFP, 20., 22.3.02, nach FBIS, 20., 22.3.02; *Ta Kung Pao*, 5.3.02, nach FBIS, 5.3.02; WSJ, 15.3.02; FAZ, 15., 16.3.02) -hol-

32 Schwerpunkt Bildungspolitik

Um ihrem Ziel näherzukommen, in Hongkong eine Wissensgesellschaft aufzubauen, Hongkongs internationale Wettbewerbsfähigkeit zu stärken und der Hongkonger Wirtschaft zu einem neuen Aufschwung zu verhelfen, betreibt die Hongkonger Regierung eine aktive Bildungspolitik. Die Bedeutung der Bildung hob Tung Chee-hwa erst kürzlich wieder anlässlich der Eröffnung der „Education Exposition 2002“ in Hongkong hervor. Wie ernst es der Regierung mit dem Bildungswesen ist, zeigt allein die Tatsache, dass der Bildungshaushalt seit dem Souveränitätswechsel 1997 um 62 Prozent angestiegen ist. Im Mittelpunkt der Hongkonger Bildungspolitik steht die Bildungsreform, die folgende Komponenten umfasst: Erhöhung der Bildungschancen, Aufbau einer Gesellschaft, die lebenslanges lernen prakti-

ziert, größere Flexibilität der Schulbildung, vor allem durch flexiblere Übergänge, größere Vielfalt der Schultypen und Bildungsgänge, Lehrplanreform und mehr Raum für Lehrerfortbildung. (Vgl. XNA, 9. u. 11.3.02) -st-

SVR Macau

33 Abnahme der Kriminalität

Die Situation der öffentlichen Ordnung hat sich seit der Rückgabe Macaus an China spürbar gebessert. Die Zahl der Straftaten sank im Jahr 2000 um 3,6% im Vergleich zu 1999, und im Jahr 2001 um weitere 0,2% auf 8.905. Ein deutlicher Rückgang war 2001 bei den Gewaltverbrechen wie Mord, Raub, Brandschatzung, Drogenhandel, Vergewaltigung und Entführung auszumachen. Sie sanken um 25,3% auf 870 Fälle. Dies gab der Sekretär für Sicherheit Cheong Kuoc Va in einem Bericht am 29. Januar 2002 bekannt. „Ideale Resultate“ seien im Kampf gegen den Drogenhandel erzielt worden, wo 77% weniger Fälle registriert worden seien. Die Verbrechensstatistik verzeichnete neun Morde (ein Rückgang um 18,2% im Vergleich zum Jahr 2000), 398 Fälle von Raub (ein Rückgang um 27,8%), 79 Fälle von Brandschatzung (ein Rückgang um 16%), 76 Fälle von Erpressung (ein Rückgang um 21,6%) und 99 Rauschgiftfälle (ein Rückgang um 43,8%). 177 Fälle von Jugendkriminalität wurden 2001 registriert. 16.060 illegale Einwanderer und Besucher, die länger als erlaubt in Macau geblieben waren, wurden zurückgeschickt, 2.300 weniger als im Jahr 2000. 2.103 illegale Einwanderer kamen vom chinesischen Festland, 26% weniger als im Jahr 2000. (Macau Government Information Bureau website, www.gcs.gov.mo, 29.1.02; XNA, 30.1.02) -ljk-

34 Vertrag mit der „Macau Gaming Company“ unterzeichnet

Der Vertrag über die Vergabe einer der drei Glücksspielkonzessionen wurde zwischen der Regierung der SVR Macau und der *Sociedade de Jogos de*